

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten
betreffend
die Senkung der Einkommens- und Lohnsteuer**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Eingangssteuersatz gemäß dem Einkommensteuergesetz 1988 von 36,5 auf 25 Prozent abgesenkt wird und der Spitzensteuersatz von 50 Prozent erst ab einem jährlichen Einkommen von 80.000 Euro zum Tragen kommt.

Begründung

Gemäß den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes 1988 sind die ersten 11.000 Euro des Jahreseinkommens von der Lohnsteuer befreit. Allerdings wird bei einem darüber hinausgehenden Verdienst bereits ein Eingangssteuersatz von 36,5 Prozent fällig. Dieser Steuertarif wird schon seit langem von Steuerexperten als zu hoch und leistungsfeindlich kritisiert.

In Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise stagnieren die Gehälter der arbeitenden Bevölkerung seit Jahren oder wachsen nur mehr in geringem Ausmaß. Durch die gleichzeitig stattfindende Inflation sinkt die Kaufkraft von Jahr zu Jahr. Ständige Gebühren- und Abgabenerhöhungen belasten die Bürger zusätzlich. Eine Absenkung des Eingangssteuersatzes ist daher dringend geboten, um die Steuerzahler zu entlasten und ihnen in der Krise Luft zum Atmen zu lassen. Gleichzeitig greift der Spitzensteuersatz von 50 Prozent zu früh und belastet die Mittelschicht über Gebühr, daher sollte dieser erst ab einem Einkommen von 80.000 Euro im Jahr zum Tragen kommen.

Von allen politischen Parteien wird laufend die Notwendigkeit einer Steuerreform insbesondere im Bereich der Einkommensteuer betont. Es ist nun an der Zeit, diese Reform endlich anzugehen.

Linz, am 22. September 2014

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Klinger, Cramer, Steinkellner, Schießl, Lackner, Wall, Nerat, Povysil, Mahr